

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 05. Dezember 2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2020 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Herausforderungen annehmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute beraten wir den ersten Haushalt, den Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher, mitverantworten. Es ist ein Haushalt, bei welchem Sie keine eigenen Akzente setzen können, sondern fast gezwungen sind, die großen Aufgaben, welche Ihnen Ihr Vorgänger im Amt hinterlassen hat, fortzusetzen. Doch nicht nur Sie, sondern auch dieses Gremium wird sich sehr disziplinieren müssen, keine neuen Wünsche und Aufgaben an die Verwaltung heranzutragen, sondern mit Maß und Ziel, aber auch großer Entschlossenheit die Beschlüsse, die in der letzten Legislatur gefasst wurden, zu realisieren. Die großen Aufgaben, welche die nächsten Jahre und damit diese Gemeinderatsperiode dominieren wird, stehen fest:

1. Es ist zum einen die Realisierung der EATA. Natürlich haben wir damit eine Aufgabe übernommen, die durchaus auch vom Kreis oder dem Land hätte getragen werden können. Aber es war unsere Entscheidung, dies als großes Konversionsprojekt unserer Stadt zu sehen, die wir mit großer Mehrheit in diesem Gremium gefasst haben und wofür wir bereits große Unterstützung durch das Land und den Kreis erhalten haben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieses Projekt ein Erfolg wird. Dies schulden wir der Bürgerschaft, die zurecht nach dem Nutzen für unsere Stadt mit ihren Ortschaften fragt. Wir können die

Antworten geben: Wir haben mit der EATA die Chance, ein innovatives und zukunftsgerichtetes Projekt in der ehemaligen Kaserne zu realisieren. Wir können unseren Firmen und Handwerksbetrieben die dringend benötigten Fachkräfte zur Verfügung stellen, die wir brauchen, wenn wir auch künftig unsere Standards halten wollen. Denken wir nur daran, dass eine florierende Wirtschaft mit ihrer Gewerbesteuer dafür sorgt, dass wir die Ausgaben des Ergebnishaushalts abdecken können. Und wir können einen Beitrag dafür leisten, das Europa der Regionen mit Inhalten zu füllen und damit Vorurteile gegenüber unseren europäischen Nachbarn abzubauen.

Wir haben dazu ein großes Anliegen, welches völlig haushaltsneutral umgesetzt werden kann: Lassen Sie unser Augenmerk nicht nur auf den Baufortschritt legen, sondern schauen wir auch, wie die jungen Leute, die in der EATA beschult werden, in der Stadt angenommen werden. Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass aktuell 25 junge Menschen aus Italien zu Gast in unserer Stadt sind? Wir sind der Überzeugung: Wenn es uns nicht gelingt, diese Menschen in unser Stadtleben, in unsere Vereine und Organisationen zu integrieren, werden wir auch keine Chance haben, sie längerfristig an unsere Stadt zu binden. Wenn diese Schülerinnen und Schüler keine Bindung zu Gleichaltrigen bekommen, wie sollen sie sich entscheiden, eine dreijährige Ausbildung auch abzuschließen und dann auch noch länger bei uns zu bleiben? Da müssen wir, da muss die Stadtgesellschaft initiativ werden.

Wir bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, gleich zu Beginn des nächsten Jahres gemeinsam mit dem Kolping Bildungswerk einen Sachstandsbericht abzugeben und ggf. bereits Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Integration in die Stadtgesellschaft gelingen kann.

In diesen Zusammenhang wollen wir auch die Pflegeakademie stellen, welche der Landkreis in diesem Bereich einrichten will. Wir bitten Sie, gemeinsam mit dem Ostalbkreis ebenfalls sehr früh in 2020 einen Sachstandsbericht und einen ungefähren Zeitplan vorzustellen.

2. Zum anderen ist das die Landesgartenschau, die im Frühjahr 2026 in unserer Stadt eröffnet werden soll. Wir sind mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, der festen Überzeugung, dass die Landesgartenschau enorme Chancen für die Entwicklung unserer Stadt bringen kann. Wir haben nicht nur die Chance, unsere kleine Stadt im Osten unseres Landes nachdrücklich in den Fokus der mehr als 11 Mio Menschen, die in Baden-Württemberg leben, zu rücken. Vor allem wird es uns möglich, Infrastrukturaufgaben in Angriff zu nehmen, die ohne die massive finanzielle Unterstützung, die wir als Gartenschaustadt erwarten können, niemals möglich wären. Wir denken dabei nicht nur an ökologische Maßnahmen an der Jagst, sondern an bleibende Einrichtungen für die gesamte Bürgerschaft und die Jugend.

Nach den vielen vorbereitenden Untersuchungen, die in diesem Jahr durchge-

führt wurden, müssen wir im neuen Jahr daran gehen, die Bürgerschaft aktiv in die Planung und Vorbereitung einzubinden. Eine Gartenschau 2026 wird nur erfolgreich sein, wenn sie von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern getragen ist. Vergeben wir nicht die Chancen, die sich durch eine intensive Beteiligung bereits im Vorfeld ergeben kann. Eine Bürgerschaft, die sich mit ihren Ideen und Vorschlägen in der Gartenschau wiederfindet, wird ganz sicher mit einer größeren Identifikation und hoffentlich auch Begeisterung die Programmpunkte mitgestalten.

Aber eines sollten Sie uns noch erklären: Auf S. 65 des Vorberichts zum Haushaltsplan weisen Sie darauf hin, dass die investiven Maßnahmen zur LGS ursächlich dafür sind, dass die Verschuldung entgegen der Planung aus dem Vorjahr nicht eingehalten werden kann. Ist es tatsächlich so, dass deren Überschreitung und damit der prognostizierte Schuldenstand von knapp 58 Mio € bis Ende 2023 nur auf die Landesgartenschau zurückzuführen ist?

Insgesamt, meine Damen und Herren, sollten wir darauf achten, dass wir die Landesgartenschau nicht für alle Kostensteigerungen verantwortlich machen, die auf uns zukommen. Nehmen wir als Beispiel die Personalkosten: Im Haushaltsjahr 2016 entsprachen diese etwas mehr als 20 % der Gesamtkosten im Verwaltungshaushalt. Heute, bei einem Betrag von ca. 17,4 Mio €, sind es 25 % des Ergebnishaushaltes. Auf S. 42/43 des Vorberichtes weisen Sie zurecht darauf hin, dass in hohem Maße Lohnsteigerungen, aber auch neue Stellen im sozialen Bereich wie der Kinderbetreuung oder der Schulsozialarbeit die Kostensteigerung von mehr als 1 Mio € zum Vorjahr verantwortet. Wir stehen zu diesen Entscheidungen. Wir sagen aber auch, dass wir die Personalausgaben genau im Blick behalten müssen. Es ist kein Naturgesetz, dass unsere Einnahmen aus Gewerbesteuer und Finanzzuweisungen immer analog zu unseren Kostensteigerungen nach oben gehen. Der Begriff der „strukturellen Unterfinanzierung“ wurde in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren schon öfter bemüht.

Meine Damen und Herren, wenn wir gerade bei der Gewerbesteuer sind ist es ein kleiner Schritt zur geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets Neunheim. Wir haben bereits im Sommer deutlich gemacht, dass wir uns einer maßvollen Anpassung z.B. im Rahmen einer Abrundungssatzung nicht verschließen werden, um vor allem unseren Bestandsbetrieben die notwendigen Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten. Ebenfalls haben wir bereits vor Jahren darauf hingewiesen, dass es auch bei der Erweiterung des Gewerbegebietes „Grenzen des Wachstums“ geben muss – angesichts der drohenden Klimaerwärmung können wir nicht fatalistisch mit den Achseln zucken und nur auf die Bedarfe der Gewerbebetriebe Rücksicht nehmen. Wir haben Verantwortung genauso für die Landwirtschaft und für das Gleichgewicht der Ökosysteme. Die Diskussion bei der Bürgerinformation am 25.11. hat es deutlich gezeigt: Mit einem reinen Flächenverbrauch für die Gewerbeansiedlung ist es ja nicht getan. Wir benötigen weitere Infrastrukturmaßnahmen wie Umgehungsstraßen, um überhaupt eine Akzeptanz der Bürgerschaft mög-

lich zu machen. Ob wir diese umsetzen können, wie diese finanziert werden sollen: Das alles steht in den Sternen - und führt am Ende doch nur dazu, dass weitere Flächen versiegelt werden, weiterer Verkehr auf uns zukommen und sich die Situation insgesamt verschärfen wird. Wir plädieren deshalb für ein Innehalten, ein Konsolidieren und ein gemeinsames Überlegen, wie die bereits bestehenden und erschlossenen Flächen für notwendige Erweiterungen sinnvoll genutzt werden können. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere von Neunheim und Neunstadt, aber auch unseren Nachkommen schuldig.

Ein Beispiel dafür, wie planmäßiges Verwaltungshandeln aussehen kann, haben wir bei der Sitzung des Gemeinderates am 24. Oktober mit der Vorlage des Energieberichts erfahren. Meine Damen und Herren, es ist nicht so, dass wir mit den Ergebnissen zufrieden sind. Vor vielen Jahren haben wir uns in diesem Gremium darauf verständigt, dass die 3 großen E – Erneuerbare, Einsparung, Effizienz – zwingend umgesetzt werden müssen, um die globale Klimakatastrophe, aber auch die kommunale Energiekostenfalle zu vermeiden. Das ist uns leider nicht gelungen. Einerseits waren es Beschlüsse dieses Gremiums, die dazu geführt haben, Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch zu egalisieren. Sie erinnern sich sicher daran, mit welchen Argumenten die Dauerbeleuchtung in einigen Wohngebieten wieder eingeführt wurde. Aber andererseits wird deutlich ausgeführt, dass der trotz wärmerer Winter gestiegene Wärmeverbrauch „einem erhöhten Komfortverlangen der Nutzer zuzuschreiben“ sei. Das ist deutlich. Aber beispielhaft sehen wir, dass Einsparpotentiale systematisch analysiert und umgesetzt werden. Und wenn es nun an die Korrektur des Nutzerverhaltens gehen soll: Es wird allerhöchste Zeit, meine Damen und Herren.

Was uns ebenfalls Sorge bereitet: Trotz allgemeinen Unmuts über die Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs, die mit täglichen Staus einhergehen, und trotz der Tatsache, dass wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, jährlich eine Summe von 250.000 € für den Ausbau des Radwegenetzes zu investieren, ist von einer Verbesserung nichts zu sehen. Wir bitten die Verwaltung um Mitteilung,

- Wie viele Mittel für welche Maßnahmen in 2019 ausgegeben wurden,
- Weshalb für das Jahr 2020 nur 185.000 € und im Folgejahr sogar nur 100.000 € vorgesehen sind?

Unseres Wissens wurden klare Vorgaben und Vorschläge gemacht, welche kurzfristigen, mittel- und langfristigen Projekte umgesetzt werden sollen. Zurecht mahnen auch die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaften eine akzeptable Anbindung an die Kernstadt an. Immerhin 2 unserer Ortsvorsteher sind ja bereits in die E-Mobilität eingestiegen und wollen künftig per pedes zu den Sitzungen ins Rathaus.

Dass eine Verkehrswende allein mit der Verbesserung der Radwegeinfrastruktur erreicht werden kann: Wir alle wissen, dass dies nicht möglich ist. Wir müssen den „Freie Fahrt“-Bürgern eindeutige Signale geben, dass es so nicht weitergehen kann. Deshalb

hat unsere Fraktion bereits einen Antrag bei der Stadtverwaltung zur Umsetzung des Lärmaktionsplans eingereicht. Ziel dieses Antrags ist es, die Geschwindigkeit in der Halberstraße zu reduzieren und dies mit stationären Anlagen auch zu kontrollieren. Hier zeigt uns das Beispiel Röhlingen, dass diese Maßnahmen geeignet sind, nicht das Stadtsäckel mit Bußgeldern zu füllen, sondern Anwohner vor Verkehrslärm zu schützen. An die Kolleginnen und Kollegen aus den Ortschaften senden wir das ganz deutliche Signal: Wenn Sie Bedarfe sehen, etwa in Eggenrot oder auch Schrezheim mit ähnlichen Maßnahmen gegen den Verkehrslärm und Raser anzutreten – in uns finden Sie Ihre natürlichen Verbündeten.

Auch der soziale Zusammenhalt in der Stadt treibt uns um: Wir wollen das hier im Rahmen der Lesung zum Haushalt nicht ausführen – aber ganz sicher werden wir gemeinsam mit der SPD Fraktion im 1. Quartal 2020 einen Antrag einbringen mit dem Ziel, einen Beirat für Integration zu installieren. Wir wollen wissen, was die großen Zuwanderungsgruppen der letzten Jahre und Jahrzehnte bewegt. Wir wollen ihnen aber auch die Möglichkeit geben, sich in die Verantwortung für die Entwicklung unseres Gemeinwesens einzubringen, das ja seit teilweise langer Zeit auch ihres ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gäbe noch einiges auszuführen. Mit Stirnrunzeln lesen wir, dass die Kosten für den Kunstrasenplatz um 200.000 € gestiegen sind; gleichzeitig wurde deutlich, dass die zu erwartenden Zuschüsse deutlich zu hoch angesetzt waren. Für uns ist dies ein Beispiel, dass wir als Gremium den Mut haben müssen, auch berechtigten Wünschen unserer Vereine, von Initiativen oder Gruppierungen im Zweifel eine Absage zu erteilen, wenn wir die Handlungsfähigkeit über unseren Haushalt nicht verlieren wollen. Wir können Ihnen, Herr Oberbürgermeister Dambacher, zusagen, dass wir Ihre Arbeit konstruktiv begleiten werden. Wir werden aber immer auch diejenigen sein, die mahnend die Stimme erheben, wenn wir den Eindruck haben, dass die gute Entwicklung unserer Stadt in Frage steht.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.